

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ

1. Stadt Hochheim



Erscheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach Flörsheim am Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Colonnezeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfg., Reklamen die 6-gespaltene Colonnezeile 30 Pfg. Bezugspreis monatlich 1.— Rm. Postcheckkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 138.

Donnerstag, den 2. Dezember 1926

3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Im Preussischen Landtag wird demnächst eine besondere Besprechung der vom Minister des Innern herausgegebenen Denkschrift über die verbotenen Wehrverbände Olympia und Wiking stattfinden.

Zu den Gerüchten über eine Anleihe-Konvertierung erfährt die „Tägliche Rundschau“, daß eine Konvertierung für den Augenblick nicht in Frage kommt. Die Beratung einer Regelung für den Anleihebesitz befindet sich noch im Vorstadium.

Der Lohnsatz für die Arbeiter der Deutschen Reichspost vom 27. 7. 1926 ist heute zum 31. Dezember gekündigt worden. Die Verhandlungen werden Anfang nächster Woche beginnen.

Der frühere rumänische Kronprinz Carol läßt durch die Presse erklären, daß seine Besprechungen mit dem in Paris weilenden rumänischen General Angelescu sich weder direkt noch indirekt auf seinen Thronverzicht oder seine künftigen Pläne bezogen haben.

Nach Meldungen aus Madrid hat der König ein Dekret betreffend Aufhebung der Abteilung Völkerbund beim Außenministerium unterzeichnet.

Wirtschaft und Politik.

Neben diese Frage hat der bayerische Ministerpräsident Held im Bayerischen Landtag eine ausführliche Rede gehalten. Er betonte dabei, was die Wirtschaftspolitik betreffe, so könne beim Gewerbe, dem Handel und Mittelstand sowie auch bei der Landwirtschaft von einem Aufschwung nicht gesprochen werden. Auch die Lage der Arbeiter, freien Berufe, Beamten und Angestellten sei keineswegs, wie man es wünschen möchte, die Steuerlast sei auf die Dauer nicht erträglich. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit sei es die unabwendbare Pflicht des Staates, in weitestgehendem Maße Sozialpolitik zu treiben. Der Wiederaufbau der Wirtschaft könne nur durch Zusammenarbeit aller jener Schichten erfolgen, denen die deutsche Wirtschaft anvertraut sei.

Zu Kulturfragen übergehend, erklärte Dr. Held, daß es notwendig sei, der Jugend ein möglichst hohes Maß von Bildung und staatsbürgerlicher Erziehung zuteil werden zu lassen. Pflicht des Staates um seiner selbst willen sei es, dort, wo revolutionäre Erscheinungen auftreten, sofort die notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Der Ministerpräsident verbreitete sich dann in längeren Ausführungen über außenpolitische Fragen. Er erklärte, niemand könne ihm verwehren, als Reichsbürger eine Meinung über die Reichspolitik zu haben und diese auch auszusprechen. Man sei in Bayern interessiert an dem Gang der Außenpolitik. Ziel der Außenpolitik sei Befriedigung und Reparation unserer Verletzung. Wo ist, fuhr der Ministerpräsident fort, die wahre Befriedigung geblieben, die uns verheißt wurde? Die Rheinlandschaft aufrechterhaltene Pfalzbesetzung sei ein Widerspruch gegen die Abmachungen von Locarno und Genf. Solange die Schmach der Kriegsschuld nicht von uns genommen sei, solange wir uns auf der Gegenseite nicht behaupten, daß der Weg zum Frieden für die Befriedigung der Völker. Auch unser Verlangen nach Kolonien sei nicht erfüllt. Wie steht es mit der Militärkontrollkommission und mit der Abrüstung der anderen Staaten? Deutschland sei bereit, mit den übrigen Völkern in friedlicher Arbeit zusammenzuarbeiten.

Der Ministerpräsident ging dann auf die Germersheimer Angelegenheit ein und erklärte: Wir müssen ohne Parteilichkeit dafür kämpfen, daß unsere Freiheit und unsere Ehre uns wieder voll zurückgegeben wird. Er betonte weiter die Frage des Finanzausgleichs, von den bayerischen Forderungen könne nichts preisgegeben werden. Ein starker Kampf sei ausgebrochen zwischen Unitarismus und Zentralismus einerseits und dem Föderalismus andererseits. Die bayerische Regierung führe den Kampf für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit im Reich.

Der Ministerpräsident wies dann auf Grund amtlichen Zahlenmaterials die Behauptung zurück, als ob Bayern die höchste und teuerste Verwaltung im Reich habe, und warf die Frage auf, wie es mit der Goldmünzenschuld des Reiches für die Abtretung von Post und Eisenbahn sei. Bayern brauche kein Darlehen, wenn man ihm sein Recht gebe.

Die Forderungen der Kontrollkommission.

Die Befestigungen im Osten.

Wie die Berliner Blätter zu der Frage der Befestigungen im Osten (Königsberg, Kützlin, Glogau) erfahren, hängt diese mit dem Artikel 180 des Versailler Vertrages zusammen, nach der die Befestigungen im Süden und Osten bestehen bleiben. Während die Auffassung der Kontrollkommission dahin gehe, daß an diesen Befestigungen nichts geändert werden dürfe, vertritt Deutschland die Ansicht, daß zu dem Befestigungsplan einer Befestigung auch ihre Instandhaltung gegebenfalls durch kleine Neubauten gehöre. Bei den Gebäuden handele es sich nicht um 2000, sondern um 200. In der Frage des Kriegsmaterials wolle Deutschland zugestehen, was der Versailler Vertrag verlangt, aber nichts darüber. Vor allem nicht, was eine Schädigung der deutschen Industrie bedeuten würde.

Frankreich hat das Wort.

Der Fall Germersheim und die Befestigungsfrage.

In der letzten Reichstags-Sitzung nahm noch der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Bell, das Wort und erklärte unter lebhaftem Beifall des Hauses:

„Die Ausschreitungen von Angehörigen der Besatzungsarmee haben sich in aufsehenerregender Weise gehäuft. Nicht weniger als 45 Fälle, überwiegend ernstster Natur, haben die Bevölkerung in tiefe Erregung versetzt. Wir bemühen uns um eine wesentliche Reform der Militärjustiz bei den Verhandlungen über die Ordnungen, über die lebhaftesten Klagen bestehen. Der Fall von Germersheim wird am 20. Dezember zur Verhandlung kommen und von deutscher Seite wird alles getan werden, was zu einer reiflichen Klärung erforderlich ist, damit die Tat, die den Tod eines Deutschen und schwere Verletzungen zweier Deutschen zur Folge hatte, ihre gerechte Sühne findet. Dank und Anerkennung schulden wir der Bevölkerung des besetzten Gebietes für ihre unerbittbar korrekte Haltung gegenüber den Ausschreitungen und Angriffen.“

Das Bestehen einer Besetzung von acht Jahren in einer Area der Verständigungspolitik ist schon deshalb eine große Gefahr, weil sie die Möglichkeit von Zwischenfällen nie ganz ausschalten kann und daher eine unmittelbare Beeinträchtigung der Beziehungen der Völker bedeutet, abgesehen davon, daß sie auch das nationale Gefühl tief verletzt. Ueberall hört man im besetzten Gebiet, daß man in Anbetracht der entgegenkommenden, durch die Tat bewiesenen Haltung der deutschen Vertreter von den französischen Versprechungen eine andere Auswirkung erwartet hätte, als sie eingetroffen ist. Wir hatten am 15. März 1926 eine Besetzung von 88 000 Mann, am 15. September von 80 000 Mann. Das ist keine Herabminderung, wie sie einer Restauration von der Bedeutung und Vergangenheit der deutschen Nation, wie sie eines gleichberechtigten und gleichwertigen Mitgliedes des Völkerbundes würdig ist. Es ist schlechterdings untragbar, daß in Genf im Völkerbund und Völkerbundsrat die Vertreter der deutschen und französischen Nation einträchtig und friedlich zusammenarbeiten für den Wiederaufbau Europas und für die Erhaltung der Kultur des Abendlandes, und daß dann noch eine Besetzung, zumal in einer solchen Stärke, in unserem Vaterlande besteht. Darum möchte ich nachträglich das Wort unterfügen, das hier vor wenigen Tagen ausgerufen worden ist: Jetzt hat Frankreich das Wort! Jetzt muß Frankreich zeigen, daß nach den schweren und großen Opfern Deutschlands auch Frankreich sich nicht mit bloßen Verheißungen begnügt, sondern daß es aus dem Nebelgebilde des Denkens an Versöhnung und Verständigung hinaustritt in die praktische Wirklichkeit des gleichberechtigten Rechts auch für Deutschland. Eine ernst gemeinte Verständigung kann nur darin bestehen, daß die Besetzung, die heute noch wie ein Alpdruck auf dem besetzten Gebiet lastet, sobald wie möglich verschwindet.“

Eine Friedensrede Briands.

Die nötige Einigung zwischen Deutschland und Frankreich.

In der letzten Sitzung der französischen Kammer ergriff Außenminister Briand das Wort, um in einer zweistündigen Rede sich über die Außenpolitik der französischen Regierung unter Zugrundelegung der verschiedenen Reden, die im Verlaufe der Generaldiskussion des Budgets des Außenministeriums gehalten wurden, zu sprechen. Zu Beginn seiner Rede verbreitete sich Briand über die französische Politik in Tunis, erläuterte den Standpunkt der französischen Regierung zu den Ereignissen in China und sprach alsdann von den französisch-italienischen Zwischenfällen, die die öffentliche Meinung in Frankreich erregt hätten.

Sodann ging Briand dazu über, die Politik von Locarno und Thoiry zu besprechen. In seinen Ausführungen erklärte Briand, er sei der Ansicht, daß ein dauerhafter Friede ohne eine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland nicht zu erzielen sei. Die Politik von Locarno habe den Zweck gehabt, zu ermöglichen, daß die Konflikte zwischen den Nationen auf juristischem Wege ausgetragen werden könnten. Es sei von großer Bedeutung, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Es sei aber unmöglich, von einer Politik von so weittragender Bedeutung schon innerhalb dreier Monate sichtbare Ergebnisse zu verlangen.

Briand bedauerte es lebhaft, daß die letzte Reichstagsrede Stresemanns durch eine unvollkommene Wiedergabe in der französischen Presse in ihrem Inhalte vollkommen mißverstanden und falsch gedeutet worden sei. Auch die Rede des früheren Reichskanzlers Dr. Bismarck sei fragmentarisch wiedergegeben worden und hätte deshalb nach ihrer Bedeutung nicht gewürdigt werden können. — Sämtliche Parteien bis in die Reihen des linken Flügels der Fraktion Marins bereiteten Briand, der seine Rede mit tiefer Wärme und Ueberzeugung vorgebracht hatte, und die im Grunde genommen nichts anderes ist, als das feierliche Bekenntnis zur Politik von Locarno, die es fortzuführen gedenke, begeisterte Ovationen. Nachdem der Redner die Rednertribüne verlassen hatte, drückte ihm Poincaré die Hand.

Letzte Kreistags-Sitzung.

Am Montag fand in Wiesbaden die letzte Sitzung des Kreistages statt. Bekanntlich erfährt der Landkreis Wiesbaden eine gründliche Umgestaltung und muß mit der Ausgemeindung Biebrichs und anderer Orte auch eine Neuwahl des Kreistages erfolgen.

Zunächst kommt die Genehmigung des Etats für den zurückliegenden Jahresabschnitt 1. April bis 1. Oktober 1926 zur Verhandlung.

Zu dem Etat bemerkte der Landrat: ein Fehlbetrag von 60 000 Mark habe in den neuen Haushaltsplan übernommen werden müssen. Ohne daß es die Kreisverwaltung verhindern konnte, seien die Kosten der Wartung und Pflege der chauffierten Bismarckstraße im Kreise als Beitrag an den Bezirksverband von 56 000 Mark auf 67 000 Mark gestiegen. Die Kosten für Anstaltspflege, örtliche Hilfsbedürftigenfürsorge, Klein- und Sozialrentnerfürsorge sind ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Es seien zusammen 340 000 Mark mehr als im Vorjahre aufzubringen. Im Allgemeinen seien aber keine Erhöhungen eingetritten. Die Verwendung einer dritten Kreiszuforderin sei auf drei Monate beschloßen, ein Tiefbautechniker als technische Kraft gewonnen worden. Die Einnahmen aus den 200 000 Mark Aktien der Mainkraftwerke werden für die Errichtung der Kraftwerke praktisch angelegt. Der Wert der beschafften 2 Motorbaumpumpen für den Kreis werde immer mehr eingelesen. Die Schaffung einer Mädchen-Berufsbildungsschule sei ins Auge gefaßt. Nachdem alle Strahlen in den Bezirksverband übergegangen seien, habe der Kreis auf deren Erhaltung geringen Einfluß. Alle Wege sollen jetzt in einen fahrbaren Zustand gebracht werden. — Da sich fast jeder uneheliche Vater seinen Verpflichtungen zu entziehen versuche, hätte das Jugendamt etwa 150 Prozesse führen müssen.

Abg. Schüler erklärt im Namen der Sozialdemokraten, daß sie in normalen Zeiten dem Etat ihre Zustimmung versagen würden. Abg. Bach lehnt ihn namens der Kommunisten ab. Er beantragt für Dohheim und Flörsheim eine Sonderbeihilfe und für alle Erwerbslosen als Weihnachtsgabe die doppelte Unterstützung, mindestens aber 10 Mark. Zentrum und Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft sprechen in zustimmendem Sinne. Die Jahressumme des Etats beträgt 1 300 000 Mark. Gegen 3 Stimmen wurde der Etat angenommen. Der Stammanteil des Kreises für die Nass. Heimstätte wurde von 530 Mark auf 1000 Mark erhöht. Die Abstimmung zum Badischen Antrag bezgl. Weihnachtsgabe ergab 12 dafür, 9 dagegen und 5 Stimmenthaltungen. Nach der Berechnung des Assessors Dr. von Kruse hätte die Durchführung dieses Antrages 25 000 Mark erfordert, wozu die Deckung fehlt. Da der Kreistag in seiner Gesamtheit die überaus große Not anerkannte, in der sich Klein-, Sozialrentner und Arbeitslose befinden, so wurde nach längerer Debatte der Antrag Schüler angenommen, der den Kreis aussschuß beauftragt, Mittel und Wege zu suchen, daß den Erwerbslosen und sonstigen Unterstützungsempfängern, soweit sie verheiratet oder alleinstehend sind, bis zum 15. Dezember eine Weihnachtsgabe ausgezahlt wird. Da keine Ausnahme innerhalb der Kreisgemeinden gemacht werden kann, wurde der von Abg. Bach gestellte Antrag, Dohheim und Flörsheim eine besondere Kreisunterstützung zuteil werden zu lassen, abgelehnt.

Angenommen wurde der Haushaltsplan für das Kinder- und Mädchen-Erholungsheim in Niederrhausen, der in Einnahme und Ausgabe die Summe von 52 260 Mark aufweist.

Es folgte die Entlastung des Rechners der nach dem Bericht der Prüfer in tabellarischer Ordnung befundenen Kreis Sparkasse für das Rechnungsjahr 1925. Landrat Schlitt bemerkte, daß die Kreis Sparkasse eine überaus gute Aufwärtswaltung genommen habe.

Nun mußte die Wahl von Schiedsmännern und Schiedsmann-Stellvertretern getätigt werden. Gewählt wurden u. a. für den Bezirk 6 Weilbach — Wider: Bürgermeister Buch in Weilbach als Schiedsmann und Winzer Nikolaus Baumann in Wider als Schiedsmann-Stellvertreter; Bezirk 7 Kloppenheim: Bürgermeister Ritter dortselbst.

Der Übernahme der Bürgschaft für einen durch Vermittlung der Nassauischen Heimstätte dem Kreise für Wohnbauzwecke überwiesenen Reichszwischkredit von 190 000 RM. wurde zugestimmt. Abg. Hart betont noch, daß Landrat Schlitt bei der Verteilung der Hauszinssteuer an die Erbauer von 16 Häusern in Flörsheim stets korrekt gehandelt habe. Die Anfrage des Abg. Virl, ob die 190 000 Mark auch ohne jegliche Abzüge, also bar, bezahlt würden, wird von dem Vorsitzenden bejaht.

Die Wertzuwachssteuer besteht seit dem 4. November 1925. Im Verlaufe dieser Zeit hat sich herausgestellt, daß eine Reihe von Änderungen bezw. Ergänzungen der Steuerordnung notwendig geworden sind. Den Änderungen stimmte der Kreistag zu.

Der Kreistag beschloß, in die Kreisjahre betr. den Besuch gewerblicher Berufsschulen im Anschluß an § 2, letzten Absatz neu aufzunehmen: „Wird von der Möglichkeit, den Unterricht in die Winterzeit zu legen, Gebrauch gemacht, so endigt die Schulpflicht für Jugendliche aus der Landwirtschaft, gegenüber den Bestimmungen des § 1 Abs. 2 mit dem Ablauf des Winterhalbjahres, in dem der Schulpflichtige das 18. Lebensjahr vollendet.“

Zahlung eines Zuschusses für den Neubau einer Brücke Hirsheim-Rüßelsheim. In der Errichtung der Brücke ist die Gemeinde Hirsheim, ein aufstrebender Industrieort mit fast 6000 Einwohnern erheblich interessiert. Es kommt hinzu, daß die Gemeinde Hirsheim ihren erheblichen Waldbesitz auf dem hessischen Ufer hat. Auch für den übrigen Teil des Landkreises Wiesbaden im Mainbezirk ist die Errichtung der Brücke von besonderer Bedeutung, da später im Anschluß an die Brücke eine direkte Straße weiter in das Gebiet des Kreises geführt werden soll. Der Gesamtkostenbetrag ist auf 750 000 Mark geschätzt. Der preußische Anteil beträgt 375 000 Mark. Hieran geht ein Drittel des von der Firma Opel bewilligten Zuschusses 66 670 Mark ab, sodas noch im ganzen 308 330 Mark aufzubringen bleiben. Ferner kommen in Abzug die aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu erwartenden Zuschüsse und zwar an Grundförderung 34 000 Mark, an Darlehen 170 000 Mark. Der Betrag von 34 000 Mark ist als verlorener Zuschuß zu betrachten. Die Summe von 170 000 Mark muß als Darlehen von den Beteiligten verzinst und amortisiert werden. Es wären dann noch an baren Restkosten 104 330 Mark aufzubringen. Von diesen Kosten soll der Preussische Staat tragen $\frac{1}{2}$ mit 39 100 Mark, der Bezirksverband und der Landkreis Wiesbaden je $\frac{1}{4}$, der Landkreis Wiesbaden demnach 26 100 Mark und die Gemeinde Hirsheim $\frac{1}{4}$ oder 13 000 Mark. Außerdem soll die Gemeinde Hirsheim den Grundenerwerb auf ihre eigenen Kosten tätigen.

Der Kreistag faßte daher folgenden Beschluß: Der Landkreis Wiesbaden beteiligt sich an der Ausbringung der Kosten des Brückenbaues Hirsheim — Rüßelsheim. Der Kreistag überträgt dem Kreisausschuß die weiteren Verhandlungen über die Höhe der Beteiligung. Dieser soll mit allen Mitteln bestreben, die Beteiligung des Kreises möglichst niedrig zu gestalten, zumal durch die Eingemeindung von Biedrich, Schierstein und Sonnenberg nach Wiesbaden die Finanzkraft des Kreises stark geschwächt ist. Die bar aufzubringenden Kosten sind evtl. durch Anleihen bereitzustellen. Die Arbeiten des Brückenbaues sollen demnächst vergeben werden.

In seinem Schlusssatz dankte Landrat Schlitt den Kreisverordneten für die erprießliche Arbeit, die sie in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode geleistet hätten. Der Landkreis Wiesbaden habe durch die Ausgemeindung von Biedrich, Schierstein und Sonnenberg 57 Prozent seiner Steuerkraft eingebüßt und sei daher in seiner gegenwärtigen Gestaltung nicht lebensfähig. Entweder müßten Orte dazu kommen oder evtl. zu einem anderen Kreise geschlagen werden, damit ein lebensfähiges Gebilde entsteht. Redner schloß mit den Worten: Möge es dem Kreise beschieden sein wie bislang an die Spitze der preussischen Landkreise zu treten. — Abg. Reich dankte dem Landrat für seine objektive treue Arbeit. Die bisherige Harmonie zwischen den nun zu Groß-Wiesbaden zählenden Bewohnern und den Einwohnern des Landkreises Wiesbaden müsse erhalten werden.

Aus Nah und Fern.

Wiesbaden. (Neue Kreistagswahl.) Auf Grund des Gesetzes vom 28. 10. 1926, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Wiesbaden, ist der Kreistag des Landkreises Wiesbaden neu zu wählen. Der Kreisausschuß hat als Wahltag den 16. Januar 1927 bestimmt. Nach § 102 bis 104 der Wahlordnung vom 14. Oktober 1925 ist für den Kreis ein Wahlsystem zu bilden, der über die Zulassung der bei seinem Vorstehen einzureichenden Wahlvorschläge beschließt. Die Bewerber und ihre Stellvertreter für den Wahlsatzung werden aus den verschiedenen im Kreis vertretenen Parteien berufen.

Wiesbaden. (Aus dem kirchlichen Leben Wiesbadens.) Im Jahre 1925 fanden in den hiesigen vier evangelischen Kirchenkreisen, die insgesamt 61 712

Seelen zählen, 820 Taufen, 1129 Konfirmationen, 411 Ehebündnisse, 14 708 waren Teilnehmer des Abendmahls, 809 Beerdigungen, 63 Uebertritte und 149 Austritte aus der Landeskirche statt.

Mainz. (Unfall beim Sport.) In Hechtsheim erlitt ein 23jähriger junger Mann aus Rostheim beim Ringen eine schwere Beinverletzung, die seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte.

Worms. (Hessischer Landesparteitag der Deutschen Volkspartei.) Am zweiten Tage des Landesparteitages der Deutschen Volkspartei referierte Reichstagsabgeordneter Dr. Beder über die Reichspolitik. Er beschränkte sich insbesondere mit den Wirtschaftsnöten des besetzten Gebiets, streifte das neue Wahlgesetz, schilderte die Not der Landwirtschaft und behandelte ausführlich die kommenden parlamentarischen Aufgaben. Im Mittelpunkt der Beratungen stand jedoch die Rede des Landespartei-Vorsitzenden Reichs-anwalt Dingeldey über die hessische Landespolitik, die infolge der bevorstehenden Volksabstimmung über die Auflösung des Hessischen Landtags von besonderem Interesse war. Als Hauptaufgabe bezeichnete er die Befestigung der hessischen Staatsfinanzen. Schließlich nahm er noch zur Frage des Einheitsstaates Stellung. Zum Schluß der Verhandlungen wurde dem Parteivorstand ein Fuldigungstelegramm überreicht.

Düsseldorf a. M. (100jähriges Jubiläum eines Gesangsvereins.) Der hiesige „Sängerverein“ feiert in diesen Tagen sein 100 jähriges Jubiläum.

Frankfurt a. M. (Erhöhte Brotpreise in Frankfurt.) Eine Erhöhung der Brotpreise ist in Frankfurt vorgenommen worden. Die Preise stellen sich gegenüber den bisherigen wie folgt (bisherige Preise in Klammern): Schlichtern-Brot 1500 Gr. 68 Pfg. (62), Kornbrot 1500 Gr. 62 Pfg. (58), Frankfurter Weizenbrot 900 Gr. 52 Pfg. (50), Schlichtern-Brot hell 900 Gr. 50 Pfg. (48), Tafelbrot 500 Gr. 50 Pfg. (50), Milchbrötchen 35—36 Gr. 4 Pfg. (4), Wasserbrot ca. 55 Gr. 6 Pfg. (6), Backgeld für Form- und Blechbrot 30 Pfg., Obstkuchen 40 Pfg.

Frankfurt a. M. (Jagdunfall oder Selbstmord?) Wie aus Ultingen berichtet wird, wurde gestern im Ultinger Stadtwald die Leiche eines älteren Mannes mit einem Schuß in der Herzgegend aufgefunden. Die durch die Frankfurter Mordkommission eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß es sich um den 53jährigen Hausverwalter Zeiler aus Frankfurt a. M. handelt. Zeiler war als Jagdschütz bei einer Freijagd anwesend. Nach Schluß der Jagd entfernte er sich von der Gesellschaft mit der Bemerkung, er müsse noch an einem Geburtstag teilnehmen. Da er bei seinen Angehörigen nicht eintraf, wurden Nachforschungen angestellt. Nach langem Suchen fand man die Leiche in einem dichten, unzugänglichen Gebüsch, bewacht von einem Fiedler, welcher längere Zeit niemand an die Leiche heranlassen wollte. Der Schuß war aus allernächster Nähe abgegeben worden. Das Gewehr lag quer auf den Beinen. Den Umständen nach dürfte Selbstmord wahrscheinlich sein, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß in dem dichten Gebüsch das Gewehr sich infolge Unvorsichtigkeit entladen hat. Beim Abtransport der Leiche mußte erst ein Weg durch das Gebüsch gebahnt werden.

Bad Nauheim. (Der Fremdenbesuch in Bad Nauheim.) Der Gesamtbesuch unseres Bades betrug am 25. November 32 829 Kurgäste; am gleichen Tage waren noch 800 Personen anwesend. Die Gesamtsumme der vom 1. Januar bis 25. November abgegebenen Bäder beträgt 339 045 einschließlich 13 244 Freibäder.

Limburg. (Hauptversammlung des Taunus-Klubs.) Hier fand die Hauptversammlung des Taunus-Klubs statt, die die neuen Satzungen annahm und zum ersten Vorstehen Viktor Zimmermann-Frankfurt a. M., zum zweiten Vorstehen Dr. med. Kaufmann-Niederkellers ernannte. Die Frühjahrsvorversammlung 1927 findet in Frankfurt, die Hauptversammlung im Herbst 1927 in Cronberg statt.

Weilburg. (Autounfall.) Ein von Siegen kommendes, sich auf der Fahrt nach Frankfurt befindliches Auto eines Siegener Fabrikanten erlitt auf der Straße Kemmerod-Weilburg einen Vorderachsbruch, so daß sich der in schneller Fahrt befindliche Wagen überschlug. Der Besitzer, Fabrikant Wohlfahrt aus Siegen, der am Steuer saß, war sofort tot, während die beiden Insassen schwer verletzt in das Weilburger Krankenhaus überführt werden mußten.

Sämtliche Kranten waren sich einig über den Wert des Schauspielers: Sie bewunderten das Michaelsbild des Jonts so talentvollen, lebenswichtigen Künstlers u. gaben ihm den guten Rat, Kunst keine Versuche mehr zu machen, auch noch Vorbeeren Drama spielen zu wollen.

Lucian Waldow war tief unglücklich. Unwillkürlich mußte er an Ediths Worte denken, aus denen er damals zu seinem Kerger Zweifel an seiner Befähigung gehört hatte.

Wie richtig war ihr Urteil gewesen! Seine Brand dagegen hatte ihn bewundert, angefeuert, und nur, um sich keine Blöße vor ihr zu geben, hatte er das Schauspiel schließlich vollendet, trotzdem er längst keine Lust mehr dazu gehabt. Denn die anfängliche Begeisterung war bald verfliegen.

Aber Martha hatte ihm keine Ruhe gelassen, er mußte seine Arbeit vollenden. Und am Abend der Erstaufführung thronte sie in köstlicher Eleganz mit ihren Eltern in einer Prosceniumloge, die Wangen vor Aufregung heiß und rot.

Und nun mußte sie das erleben! Weinend vor Ingrimm und Zorn ging sie nach Hause.

Lucian mußte noch mit herankommen, trotzdem er nicht in der Stimmung dazu war, sondern sich an der Gartenpforte verabschieden wollte.

Sie schloß sich blamiert, lächerlich gemacht vor ihren Bekannten, gegen die sie sich mit dem Schauspiel ihres Verlobten so hervorgetan. Alle Leute würden nun mit Rindern auf sie zeigen! Das alles schlenberte sie Lucian ins Gesicht, der Empfindungen nicht achtend, die ihn erfüllen mußten. Sie, nur sie kam in Betracht — sie und ihre gekränkte Eigenliebe. Sie dachte nicht daran, daß ihm noch keinem kläglichen Kiasso ein Wort des Trostes nötiger gewesen wäre, als ihre törichten Vorwürfe.

Aus aller Welt.

Kassenzug. Während der Auszahlung der Pensionen im Bahnhof Landsbut drangen zwei elegant gekleidete Männer in das hauptsächlich von Frauen dicht besetzte Zimmer, hielten die Menge mit Revolvern im Schach, streunten dem Kassensammler Pfeffer in die Augen und raubten die Kasse mit circa 5000 Mk. Inhalt. Einer der Verbrecher wurde festgenommen werden.

Zugunglück. Die Lokomotive und 28 Wagen des Durchgangsgüterzuges 6145 München-Berlin entgleisten auf dem Bahnhof Reichertshausen in Oberbayern infolge Bruches einer Federspanne der ersten Tenderachse. Der Zugführer und ein Schaffner wurden leicht verletzt. Der Begleiter eines Pferdewagens wurde getötet. Der Schaden ist erheblich.

Tödlicher Motorradunfall. Der Motorradfahrer Müller aus Vergenstadt fuhr an der Brücke in Delchen gegen einen Baum und erlitt so schwere Verletzungen, daß er in kurzer Zeit starb. Der Mitfahrer kam mit leichteren Verletzungen davon. Müller ist innerhalb 1 1/2 Jahren das dritte Mitglied der Familie, das tödlich verunglückte.

Schießerei nach einer politischen Versammlung. Nach einer Versammlung des „Stahlhelms“ in der Hofenstraße in Berlin kam es zu Anfeindungen vor dem Lokal. Die Polizei war, wie die „A. Z.“ berichtet, gezwungen, die angrenzenden Straßen zu räumen, um den Versammlungsteilnehmern den Heimweg zu ermöglichen. Vor der Kirche in der Blücherstraße kam es dann aber zu einer Schießerei. Ein Stahlhelmsmann, der 23 Jahre alte Edmund Garbisch, wurde durch einen Schuß am Auge leicht verletzt. Drei Stahlhelmsleute und ein Reichsbannermann wurden festgenommen.

Verhaftung eines Desfautanten. Der Eisenbahnbetriebsassistent Heinrich Peters aus Lage, der nach Veruntreuung von etwa 19 000 Mark flüchtig geworden war, wurde in München verhaftet. Man fand bei ihm noch 15 000 Mark vor.

Der Ausbruch aus dem Gleiwitzer Gefängnis. Die Verhaftung des verdächtigen Überwachmeisters vom Gefängnis in Gleiwitz beschäftigt sich. Alle zehn befreiten Gefangenen unter denen sich einige wegen Mordes und schwerer Spionage verurteilte Schwerverbrecher befinden, sind über die polnische Grenze entkommen. Jünf befinden sich bereits im Gefängnis im Besitz von Schusswaffen. Der ganze Befreiungsakt war von langer Hand vorbereitet.

Flugzeugunfall. Das Flugzeug „D 765“ mußte bei Haag, zehn Kilometer südlich von Ried, auf der Strecke von Wien nach München, wegen plötzlich auftretendem starken Nebel eine Landung vornehmen, wobei das Flugzeug beschädigt wurde. Die Insassen setzten die Reise mit der Bahn fort.

Ein neues italienisches Großflugzeug. Auf dem Flugfeld von Ronato in der Lombardei wurde ein großes Flugzeug „C. A. 73“ ausprobiert, welches 25 Mann mit vollständiger Bewaffnung und Maschinengewehren aufnehmen kann. Man glaubt, daß dieses Flugzeug sich ganz besonders für die Kolonien eignen werde. Es könnte von einem nach dem anderen Punkt der Kolonien fliegen, und nach dem Niedergehen könnte die Befragung von 25 Mann sich mit der mitgeführten Munition mehrere Tage verheilen, während ein Radioapparat die Verbindung mit den Zentralbehörden vermittelt.

Der Dortmunder Schulfreist.

Eine Bekanntmachung des Regierungspräsidenten.

Der Regierungspräsident, daß eine Bekanntmachung erlassen, in der festgestellt wird, daß Schulkinder auf keinen eigenen Wunsch und auf die im Ministerium eingegangenen Eingaben des evangelischen Oberkirchenrates hin aus seinem früheren rein evangelischen Wirkungskreis in einen Bezirk mit besonders vielen Schulen ohne Religionsunterricht verlegt werden sei.

Der konfessionelle Charakter der Volksschulen

werde durch die Berufung eines Schulkollegen, der nicht diesem Bekenntnis angehört, nicht geändert. Jegendwelsche Gefährdung des Religionsunterrichtes durch einen dinständischen Schulkollegen und die Behauptung, daß die Bestimmungen des Volksschulunterrichtsgesetzes über den konfessionellen Charakter der Volksschulen durch diese Verlegung verletzt worden seien, treffe nicht zu. Nach Art. 136 der Reichsverfassung sei

Eine Wette sich Lucian die Mut ihrer Vorwürfe still über sich ergehen. Er fühlte sich zu matt und abgespannt von all den Aufregungen und Enttäuschungen, als daß er Lust zu einer Auseinandersetzung gehabt hätte.

Als aber seine zukünftigen Schwiegereltern auch noch angingen, daß er das doch hätte vorher wissen müssen, griff er nach seinem Hut.

„Ich habe mit mehr Lust, deine Vorwürfe noch länger anzuhören, Martha! Deshalb gehe ich jetzt und hoffe, dich morgen abend nach dem Konzert in besserer Laune anzutreffen! Mich geht die Sache doch noch etwas mehr an, als dich. Gute Nacht!“

Obne ihr die Hand zu geben, ging er fort und legte sich auch sofort zu Bett.

Er versuchte an nichts mehr zu denken, — und bei seiner Veranlagung war er auch in der Lage, bald einzuschlafen.

Am anderen Tage nahm er seine Zeitung zur Hand. Er wollte sich die Artikel ersparen, um die die Stimmung für den Abend nicht zu verderben, an dem er ein schwieriges Violinkonzert von Beethoven zu spielen hatte.

Er läste fleißig, dachte gar nicht an seine Brand und gab sich dem Zauber hin, den die Musik auf ihn ausübte. Für den Augenblick hatte er alles Michaelsbild vergessen, und leichten Herzens ging er, als es Zeit dazu war, mit seiner geliebten Violine dem Konzertsaal entgegen.

Heute sah er sich einem noch viel zahlreicheren Publikum gegenüber, als gewöhnlich.

Alle schienen wohl sehen zu wollen, was für ein Gesicht er nach dem astringen Abend machen würde.

Edith Bürkners Liebe.

Roman von Fr. Lehne.

42. Fortsetzung.

Thantmar meinte es gar nicht anstößig zu können. Es drängte ihn fort, damit er sich in anstrengender Arbeit über den Verlust der Mutter, der wie ein schwebender Schatten in den Anfang seines neuen Lebens gefallen war, hinweg trösten konnte.

Eines Abends las Edith in der Zeitung die Mitteilung, daß Anfang nächster Woche die Erstaufführung des Waldowischen Schauspiels „Charlotte Krondorf“ stattfinden würde.

Sie schob dem Bruder die Zeitung hin.

„Hast du gelesen, Thantmar?“

„Nein, das habe ich wirklich übersehen. Also kann ich es noch erleben, wie der schöne Lucian durchgefallen wird! Na, da hat er an Martha keine gnädige Herrin!“

„Das ist auch meine Ansicht. Wie konnte er nur auf jenen Einsatz kommen!“ entgegnete Edith. „Aber er würde mir trotz alledem leid tun! Ich wünsche niemandem etwas Böses, weil ich nicht weiß, ob mir nicht ein noch größerer Unheil vor der Tür liegt.“

„Na, wir werden ja sehen. Abwarten und Tee trinken! Am liebsten sähe ich mir ja die Sache an; aber wegen unseres guten Mütterchens kann ich das nicht!“ meinte Thantmar.

Thantmar hatte mit seiner Prophezeiung recht gehabt.

Das Schauspiel war vom Publikum glatt abgelehnt worden, wenn auch die zahlreichen Freunde des Verfassers ihr Möglichstes taten, das Stück zu halten.

die Zulassung zu öffentlichen Ämtern

unabhängig von dem Religionsbekenntnis. Von der Verlängerung von Schulstrafen wegen Schulverhinderung aus Anlaß des Streiktes sei abzusehen. Es werde aber geprüft werden, ob die Kinder, die vom Schulbesuch ferngehalten worden seien, das Ziel ihrer Klasse erreicht hätten.

Im alten Schulstreikgebiet ist die Zahl der fehlenden Kinder in den letzten Tagen noch etwas gestiegen. Im neuen Streikgebiet fehlten am zweiten Tage insgesamt 2845 Kinder. Der 44 000 Mitglieder umfassende Rheinische Elternbund hat dem Kreisverband Dortmund der evangelischen Elternbünde in einer Entschließung ebenfalls seine volle Sympathie ausgesprochen.

Totales.

Hochheim am Main, den 2. Dezember 1926.

Auszeichnung. Am 22. November 1926 bei der Versammlung der Handwerker und Gewerbetreibenden in der Zone (Besitzer Jean Lauer) wurde dem Rührmeister Philipp Röll von der Handwerkskammer der Ehrenmeister für vierzigjährige ununterbrochene Selbstständigkeit überreicht.

In Mainz sind diesen Sonntag, den 5. Dezember sämtliche Geschäfte von 1—6 Uhr geöffnet. Wir werden gesehen, unsere Leser hierauf besonders aufmerksam zu machen.

Am vergangenen Samstag hat die Rhein-Maingruppe des preussischen Röntgenvereins in Hochheim gegast. Neben dem geschäftlichen Teil war eine Einführung in die Vorgeschichte und Geschichte der Stadt mit anschließender Besichtigung der katholischen Kirche und der Altstadt vorgesehen. Um den Eindruck zu vertiefen war eine kleine Sammlung von Ausgrabungsgegenständen und Abbildungen aufgestellt, darunter Federzeichnungen von Herrn Woll nach alt-hochheimer Motiven. Zum Schluß wurde auf einem Gang durch die Keller der Firma Langgess & Co. „die Stadt unter der Stadt“ bewundert. Bei einem dargebotenen Willkommenscocktail in den gediegenen neuen Empfangsräumen der Firma kam rhein- und maingauer Humor in Prosa und gebundener Rede zu Wort und Wirkung. Offenbar hat es den Schulmännern in Hochheim gut gefallen.

Der Weihnachtseinkauf beginnt jetzt auf der ganzen Linie einzufallen. Schon sieht man die Jahrgäste der Bahn mit Paketen beladen von den benachbarten Großstädten, besonders Mainz, kommen. Man sucht sich rechtzeitig mit Geschenken zu versehen, um noch eine gute Auswahl zu haben und später nicht ins Gedränge zu kommen. Die verkauften, macht sich auch bei dem diesjährigen Weihnachtsgeschäft die Geldknappheit unserer Zeit bemerkbar. Es werden in erster Linie Bedarfsartikel gewählt und Luxusgegenstände weniger begehrt. — Bei dem Einkauf verläßt man auch die Geschäfte hier am Platze. Auch sie sind leistungsfähig und sie sind es um so mehr, je mehr sie von der hiesigen Einwohnerschaft bei ihren Einkäufen unterstützt werden. Es ist dieses zugleich eine Förderung des Gemeindefinances.

Konzert. Die hiesige „Sängervereinigung“ der örtlichen Gesangsvereine unserer Stadt, veranstaltete am vergangenen Sonntagabend im Saalbau „Zur Krone“ unter Leitung seines Chormeisters, Herrn Musikdirektors Heinrich Langen-Mainz, sein diesjähriges Winterkonzert, das im ausverkauften Hause den Besuchern, wie gewohnt einen hohen Kunstgenuss bot. Die Vortragsfolge, die sorgfältig zusammengestellt war, verzeichnete neben 2 Männerchören auch 2 Volkslieder. Die Chöre wurden tadellos, mit gutem Zusammenklang und freudiger Dynamik vorgetragen und zeigten von einer feinsten Saitung. Eingeleitet wurde der Abend mit dem ewig schönen „Ave verum“ welches begnadigten Mozart. Ferner verdient hervorgehoben zu werden die schwierige Komposition „Sabbatfrüh“ mit ihrer prächtigen Tonmalerei und der wichtigen Chor „Rabboni“, in dem das gefährliche Los des Bergmanns zum Ausdruck kommt. In dem Volkslied „Schlaf, Kindlein, schlaf“ wurde in dem garten piano gut der Volksston getroffen. Besonders gefiel auch das 2. Volkslied „Der kleine Hecht“, das es wiederholt werden mußte. — Als Solisten des Abends betätigten sich als Tenorsänger Herr Fritz Siller und das Vereinsmitglied Herr Joseph Lauer. Letzterer sang mit seinem hell gefärbten und umfangreichen Organ im Lieber, verschiedener Komponisten womit er den allseitigen Beifall der Konzertbesucher fand. Desgleichen zeigten die vier Tenorsoli des Herrn Lauer von einer besonderen Veranlagung zur beherrschenden Kunst des Gesanges aus einer liebesvollen Zugabe an dieselbe. Beide Sänger zeigten sich zu Zugaben bequemen. Am Flügel wurden von Herrn Lange feinfühlernd begleitet. Die „Sängervereinigung“ mit Benutzung auch auf diese Konzertveranstaltung zurückzuführen. Der Beifall, der ihren Leistungen zollt wurde, war wohlverdient, und er ist dem Verein eine Bestätigung, daß er auf dem rechten Weg zur Höhe der besten Totalmusik wandelt.

Mondnebelnächte.

Erst sind die Dezembernächte, reif und stark, Eigenheiten, die wir unter Menschen so wenig finden und nach denen wir uns doch sehnen. Wie ein Druck lastet es auf uns, wenn dunkle Nebelbänke sich vor das gefürchte Antlitz des Mondes schieben, wenn hin und wieder ein Stern vom Nebel verschluckt wird. Geheimnisvolle Schleier hüllen die Welt ein, schöpfen Tropfen für Tropfen auf den Blättern, bis sie im frühen Morgen ein Strahl der matten Sonne weht. Vorwärtiger tritt der Schritt des Menschen auf, Gedämpfter klingt seine Stimme. Er will diese Stunde der Weisheit nicht stören. Grau in Grau sind die Nächte gekleidet, abgelöst durch ein fauchendes Aufbegehren des Mondes. Es gibt viele Menschen, die diesen solch eine trübselige, um nicht zu sagen hoffnungslose Stimmung bevorzugen. Mangel an Widerstandskraft ist es, der solche Stimmung diktiert. Fehlen der Erkenntnis, der Notwendigkeit, sich nicht unterliegen zu lassen und allem die beste Seite abzugewinnen. Das Leben bringt viele Dinge mit sich, die einem wirklich nicht passen. Also, wenn der Tag noch so trübe ist, nicht ermüden, nicht ermaten. Das Leben erfordert Kampf in uns und Kampf mit uns. Der Winter, der schon begonnen hat und noch lange, lange Monate vor uns liegt, ist die Zeitspanne zur Sammlung.

Wettervorhersage für Freitag, den 3. Dezember: Keine wesentliche Änderung.

Maßnahmen gegen die Gefährdung von Eisenbahnen durch Jugendliche. In einem Erlass des preussischen Kultusministers werden die Provinzialschulinspektoren und die Regierungen auf die zahlreichen Fälle von Steinwürfen und auf vereinzelte Schiebereien aufmerksam gemacht, als deren Täter Jugendliche, insbesondere auch schulpflichtige Kinder, ermittelt oder beobachtet worden sind. Neuerdings kommen auch Anschläge auf die Züge durch Jugendliche vor, die Steine, Holz und dergl. auf die Schienen legen oder an Signaleinrichtungen Störungen verursachen. Die Betriebsämter und Betriebsinspektionen sowie die Reichsbahndirektionen sind zu zwecks Befämpfung derartiger Handlungen wiederholt an die örtlichen Schulbehörden heranzutreten. Der Minister bezeichnet es vielmehr, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, in seinem Erlass als notwendig, allgemein die Schüler auf die Folgen solcher unverantwortlichen Handlungen nachdrücklich hinzuweisen und diese Verhaltensweisen in regelmäßigen Zeitabständen zu wiederholen.

Keine Einfuhrerlaubnis nach Italien mehr nötig. Nach den neuesten Bestimmungen über die italienischen Aus- und Einfuhrverbote können aus Deutschland all. Waren ohne Einfuhrerlaubnis eingeführt werden mit Ausnahme von Weinen, frischen Trauben, Schokolade und Kaffee.

Weihnachtsexpressgutverkehr. Zur Bewältigung des zu erwartenden starken Weihnachtsexpressgutverkehrs werden von der Reichsbahndirektion in der hauptsächlich in Frage kommenden Kurven Frankfurt—Darmstadt, Frankfurt—Main, Berlin, Leipzig, München und Stuttgart besondere durchgehende Expresszüge vorgesehen. Außerdem werden zur glatten Bewältigung des Verkehrs und zur Verminderung von Beförderungsverzögerungen die Expresszüge von besonderen Ladefahrern begleitet werden.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten für November. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten läuft sich für den Durchschnitt des Monats November auf 143,6 gegen 142,2 im Vormonat.



Durch die jüngst bekannt gewordene Fusion mit den Deutsch-Austral- und Kosmos-Linien erhielt die Hamburg-Amerika-Linie einen Zuwachs an Tonnage, der sie wieder in die Reihe der größten Weltreedereien stellt. Sie verfügt durch diesen Zuwachs einschließlich der Schiffe der Stinnes-Reederei, deren Aktien durch die Fusion zu 100 Prozent auf die Hapag übergegangen sind, über einen Schiffsraum von 880 000 Brutto-Registertonnen. Dieser Umfang der Flotte ist um so beachtenswerter, als der Wiederaufbau in den wenigen Jahren erfolgte, die seit Ablieferung der gesamten Flotte vergingen. Man weiß, daß die Hamburg-Amerika-Linie vor dem Kriege mit einer Tonnage von 1,3 Millionen Brutto-Registertonnen das zweitgrößte Schiffsverkehrsunternehmen der Welt war und daß sie nach Erfüllung der einschlägigen Verfallens-Vertragsbestimmungen überhaupt kein für die überseeische Fahrt in Betracht kommendes Material mehr besaß.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Dezember.

Völkische und kommunistische Anträge auf Erhöhung der Zuschläge zum Grundgehalt bei den mittleren und unteren besoldeten Gruppen werden dem Haushaltsausschuß überwiesen. Darauf wird die zweite Lesung des Nachtragsetats fortgesetzt, und zwar beim

Reichsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft.

Abg. Dietrich (D.) berichtet über die Ausdehnung der Reichs- und Provinzial- und für Zwecke der Kinderpeisung zwei Millionen Mark eingestellt. Er schließt ferner die Regierung, die kleinen Winterbetriebe mit weniger als tausend Reichsmark aus, wenn sie nebenbei Wirtschaft betreiben, bei der Verteilung der Notstandskredite angemessen zu berücksichtigen. Die Kommunisten fordern eine Erhöhung der Mittel für Kinderpeisung auf fünf Millionen Mark, ferner als Notstandskredit zum Ankauf von Düngemitteln für notleidende bäuerliche Familienbetriebe 20 Millionen Mark.

Abg. Frau Böhm-Schuch (D.) bezeichnet den kommunistischen Antrag auf Bewilligung von fünf Millionen für die Kinderpeisungen als rein agitatorisch.

Der Haushalts des Ernährungsministeriums wird genehmigt. Es folgt die zweite Beratung des Nachtragsetats des Reichsausschusses. Der Ausschuß hat den in dem Haushalts vorgesehene Betrag von 65 000 Mark zur Förderung der Beamtenentlohnungsschritte gestrichen.

Handelsteil.

Berlin, 1. Dezember.

Der Devisenmarkt. Im Devisenverkehr bestieg sich die Reichsbank gegen den Dollar auf 4,2070. Paris schwankend, 134—132 1/2. London-Walland 113. Die sonstigen Devisenmärkte blieben wenig verändert.

Effektenmarkt. Die Haltung an der heutigen Börse war lastlos und abwartend, doch konnte die Gesamtstimmung als freundlicher bezeichnet werden.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen märk. 26,8—27,1, Roggen märk. 22,6—23,1, Sommergerste 21,5 bis 21,6, Wintergerste und Wintergerste 19,9—20,3, Hafer märk. 17,1—18,5, Weizenmehl 35—38,25, Roggenmehl 32,25—34,00, Weizenkleie 12,50—12,75, Roggenkleie 11,8—12,00.

Frankfurt a. M., 1. Dezember.

Devisenmarkt. Im Devisenverkehr ist die Lage unverändert. Der Franken liegt mit 133,75 fast unverändert, dagegen Randland etwas schwächer.

Effektenmarkt. Die Stimmung war wieder freundlicher. Die bessere Stimmung auf dem Effektenmarkt farbte auf den Anleihenmarkt nicht ab, der vielmehr weiter in lustloser und nur knapp behaupteter Tendenz verkehrte.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen 29,25—29,50, Roggen 24,50—24,75, Sommergerste 23,75—26,50, Hafer 19—19,50, Mais 19,50, Weizenmehl 41—41,50, Roggenmehl 35—35,75, Weizenkleie 11,50, Roggenkleie 11,75—12.

Letzte Nachrichten.

Eine Note Stresemanns an den Völk. Bund.

London, 1. Dezember. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ veröffentlicht heute folgendes Memorandum, das die deutsche Regierung bereits vor längerer Zeit an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet hat: „Die deutsche Regierung ist bereit, in Übereinstimmung mit Artikel 213 des Versailler Vertrages sich jeder Inspektion (Kontrolle) zu fügen, die der Völkerbundsrat mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet. Sie ist weiterhin bereit, jede Erleichterung für die Ausübung dieser Kontrollmaßnahmen innerhalb der Grenzen des Versailler Vertrages zu gewähren. Die Möglichkeit einer derartigen Kontrolle gewährt der deutschen Regierung ein gewisses Maß von Schutz gegen ungerechtfertigte Anschuldigungen. Die Beschlüsse und die Dokumente, die uns vorliegen, veranlassen uns indessen zu folgenden Bemerkungen: Nach Inhalt und Wortlaut kann der Artikel 213 die Kontrollmaßnahmen nur in gewissen Fällen rechtfertigen, nämlich, wenn bestimmte Umstände zu dem Glauben berechtigen, daß Deutschland es unterlassen hat, die Verpflichtungen auszuführen, die ihm nach den Entwaffnungsbestimmungen des Vertrages auferlegt sind, aber er kann keine dauernde oder periodisch sich wiederholende Kontrolle rechtfertigen. Die deutsche Regierung setzt voraus, daß die Beschlüsse des Völkerbundesrates ebenfalls auf dieser Anschauung über den betr. Artikel aufgebaut sind. Indessen kann das ausführende Programm für die Kontrollmaßnahmen nur in zahlreicher Zahl den Grund zu der Befürchtung geben, daß die Absicht bestünde, die von Artikel 213 vorgesehene Kontrolle in eine beständige Kontrolle umzuwandeln. Die Maßnahmen hinsichtlich der Einrichtung von ständigen Kontrollorganen in entmilitarisierten Zonen, wie sie im Kapitel 5 der Beschlüsse des Völkerbundesrates vom 27. September vorgesehen sind, können keine Anwendung auf die entmilitarisierte Rheinlandzone finden, da die Rechte des Völkerbundes auf Grund des Artikels 213 auf die Bestimmungen des 5. Teiles des Versailler Vertrages beschränkt und nicht anwendbar sind, insofern, als der dritte Teil des Vertrages von Versailles weitergehende Bestimmungen hinsichtlich desjenigen Gebietes enthält, von dem die Rede ist. Ferner muß auch in diesem Falle darauf hingewiesen werden, daß die im Artikel 213 vorgesehene Kontrolle nicht die Einrichtung eines dauernden Kontrollorgans rechtfertigen kann. Die deutsche Regierung ist bereit, den Mitgliedern der Kontrollkommission des Völkerbundes jede zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendigen Erleichterungen zu gewähren.“

Keine Abberufung der internationalen Kontrollkommission vor März 1927.

Paris, 1. Dezember. Nach übereinstimmenden Meldungen der Morgenblätter aus London haben die zwischen Paris und London gepflogenen diplomatischen Verhandlungen über die Militärkontrolle bereits zu einer fast vollständigen Einigung zwischen England und Frankreich geführt. An eine Abberufung der internationalen Militärkontrollkommission sei vor März 1927 nicht zu denken.

Verlängerung des Gesetzes über Depot- und Depositen-geschäfte.

Berlin, 1. Dezember. Das Reichswirtschaftsministerium hat im Einvernehmen mit sämtlichen Landesregierungen einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach das Gesetz über Depot- und Depositen-Geschäfte vom 26. Juni 1925 aus überwiegenden allgemein wirtschaftlichen Gründen auf weitere zwei Jahre verlängert wird.

Die Rückgabe der deutschen Vermögens in Amerika.

Washington, 1. Dezember. Der amerikanische Handelsausschuß beschloß einstimmig, die Vorlage über die Rückgabe deutscher Vermögens und die Entschädigung amerikanischer Ansprüche auf folgender Grundlage aufzubauen: Die Eigentümer beschlagnahmter Vermögens sollen unmittelbar nach der Annahme der Vorlage 80 Prozent erhalten, die restlichen 20 Prozent verbleiben in den Händen des Verwalters des beschlagnahmten Vermögens, bis die amerikanischen Ansprüche befriedigt sind. Die Gläubiger erklären sich bereit, sich mit der Tilgung von vorläufig 70 Prozent ihrer Forderung zufrieden zu geben, wenn der Rest aufseiner Erstattung wird. Ein unparteiisches Schiedsgericht soll den Wert der deutschen Schiffe, der Patente und der Stationen abschätzen, die sich in den Händen der amerikanischen Regierung befinden, worauf das Schiedsamt die zur Tilgung der Ansprüche nötige Summe, die auf 50 Millionen Dollar geschätzt wird, flüssig machen soll. Alle Beteiligten sollen sich mit dieser Regelung einverstanden erklären haben.

Preussischer Landtag.

Berlin, 1. Dezember.

Der Preussische Landtag setzte heute die Beratung am Reichs-erwerbsbeschäftigungsprogramm für Ober- und Niederelben fort.

Abg. Rint (D.) setzte sich für die besetzten Gebiete und besonders auch für die Vor der rheinischen Wälder ein. Abg. Winterfeld (D. Sp.) forderte Klärung der Frage der Sozialsperrn im Rahmen der Kanalprojekte.

Verurteilung wegen Unterschlagung. Das Schöffengericht in Donau verurteilte einen 27-jährigen Hessenden aus Wächtersbach, der zugunsten der Firma, bei der er angestellt war, Unterschlagungen in Höhe von 3500 Mark begangen hatte, zu vier Monaten Gefängnis.

Wegen Falschmünzerei verurteilt. Das Amtsgericht in Hamburg verurteilte wegen Herstellung von Falschmünzen und Abgabe der Falschmünzen insgesamt elf Angeklagte zu Strafen von einem Jahr Gefängnis bis zu sechs Jahren Zuchthaus. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Das Urteil im Spruch-Prozess.

Der Angeklagte wollte berühmt werden.

In Berlin hatte sich der Juwelenräuber Johannes Spruch wegen des Raubüberfalles auf das Goldwarengeschäft in der Tauentzienstraße zu verantworten. Bei dem am hellen Tage in den Mittagsstunden ausgeführten Raub waren die Dieben eine größere Anzahl Juwelen in die Hände gefallen, die jedoch zum größten Teil wieder herbeigeschafft werden konnten. Die Komplizen des Spruch sind bisher nicht ermittelt.

Nach Verlesung des Öffnungsbefchlusses erklärte Spruch: Ich habe lange überlegt, wie ich berühmt werden könnte. Ich dachte: Wenn etwas geschehen wird, muß etwas geschehen, was die Welt noch nicht gesehen hat. Ich wollte ein brillantes Feuerwerk machen, mit dem alles umnebelt wurde. Wenn es nicht gelingen sollte, dann wollte ich mich erschießen. Die Presse hätte

Bombengefächte

gemacht und mir eigentlich dankbar sein sollen. Gleichzeitig wollte ich gerade zur Polizeiausstellung der Polizei Gelegenheit geben, sich zu enthalten. (Heiterkeit.) Schließlich wollte ich sagen: „Meine Herren, ich bin nur der ausführende Teil; die Sache hat ein Herr der höchsten Berliner Gesellschaft, ein Regierungsmann, arrangiert, um die Polizei auf die Probe zu stellen.“ Der Angeklagte schildert dann die bekannten Vorgänge bei dem Einbruch. Nach der Tat habe er seiner Schwester ein Paket mit den wertvollsten Schmuckstücken zur Aufbewahrung übergeben. Die Schwester habe nicht gewußt, was in dem Paket war. Die übrigen Sachen hätten er und Paul in Friedrichshagen verban.

Der Angeklagte Johannes Spruch erhielt wegen schweren Raubes und Fälschung sechs Jahre und einen Monat Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Die Angeklagten Charlotte Spruch und Elise Ringhausen erhielten wegen Gehelei bei je drei Jahren bedingter Bewährungsfrist fünf Monate bzw. drei Monate Gefängnis.

Der Staatsanwalt hatte gegen Johannes Spruch wegen schweren Raubes eine Zuchthausstrafe von insgesamt acht

Jahren und drei Monaten unter Anrechnung der zwei Monate Untersuchungshaft, sowie Überkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen die Angeklagten Charlotte Spruch und Elise Ringhausen wegen Gehelei fünf Monate bzw. drei Monate Gefängnis beantragt.

Volkswirtschaft.

Zügung von Rentenbankscheinen.

Von der Deutschen Rentenbank wurden 203 444 861 Rm. gemäß § 11 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen vom 30. August 1924 der Reichsbank überwiesen. Diese Betrag stellt das zweite Drittel der seinerzeit auf Grund der Rentenbank-Vereinbarung zunächst über die Reichsbank und die Privatnotenbanken gegebenen und später auf die Deutsche Rentenbank überführten Wirtschaftskredite dar. (Das erste Drittel wurde vorschrittsmäßig bis zum 30. November 1925 getilgt.) In Höhe dieses im Gerwege überwiesenen Betrages bringt die Reichsbank die Rentenbankscheine zur Vernichtung. Somit ist es der Deutschen Rentenbank gelungen, unter Zuhilfenahme von Reserven, die sich seit 1. Dezember 1925 aus den Zinsentnahmen und Rückzahlungen auf Abwicklungskredite gebildet hatten, ihrer Verpflichtung abzumachen ohne besondere Beunruhigung der Landwirtschaft und der Geldmarktes nachzukommen. Wesentliche Unterstützung erhielt die Deutsche Rentenbank hierbei durch die Zusammenarbeit mit der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, in deren Hypothekarkredite die Amerika- und Golddiskontbankleihen in nicht unerheblicher Rentenbankkredite umgewandelt wurden und deren flüssige Mittel zum Teil zur Übernahme von illiquiden Rentenbankwechseln Verwendung fanden.

Gerichtliches.

Ein Autounfall vor Gericht. — Sechs Monate Gefängnis für den Wagenlenker. Vor einiger Zeit stieß der drak-

tische Arzt Dr. Doerfen mit seinem Auto in Gevelsberg auf einem ihm entgegenkommenden Personenzug zusammen. Sein Wagen geriet ins Schleudern und fuhr in eine Gruppe Erwerbsloser. Einer von ihnen wurde getötet, ein anderer schwer verletzt. In erster Instanz wurde Dr. Doerfen freigesprochen, weil die Ansichten über die Ursache des Unglücks auseinandergingen. Der Staatsanwalt legte jedoch Berufung ein, und Dr. Doerfen wurde vom Landgericht Hagen zu sechs Monaten Gefängnis unter Zuhilfenahme mildernder Umstände verurteilt. Der Staatsanwalt hält die von Dr. Doerfen eingeschlagene Geschwindigkeit von 20 Km. für viel zu hoch, selbst wenn in Gevelsberg eine Höchstgeschwindigkeit von 30 Km. zulässig sei. Er habe nicht die notwendige Vorsicht walten lassen. Bei der schlechten Übersicht und der Glätte der Straße habe er so fahren müssen, daß es möglich war, den Wagen zur kürzesten Entfernung zum Stehen zu bringen.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Betr. Maul- und Klauenseuche.

Ein weiterer Fall von Maul- und Klauenseuche ist in dem Gehöfte des Landwirts Jakob Lauer, Gartenstraße hier festgestellt. Die ganze Stadt und Gemarkung ist zum Sperrbezirk erklärt. Die Hunde sind festzulegen oder der Leine zu führen. Jeglicher Durchtrieb von Klauenvieh ist verboten. Die Ruhespanne dürfen innerhalb der Stadt und Gemarkung verwendet werden, wenn die Viehbestände der betr. Gehöfte von Herrn Tierarzt Dr. Schaaf untersucht und seuchenfrei befunden worden sind. Die Bullenstation ist während dieser Zeit geschlossen. Hochheim a. M., den 1. Dezember 1926.

Die Polizei-Verwaltung: Arztbäcker.

Betr. Waisenkollekte.

Die Hauskollekte für den Nassauischen Zentral-Waisenfonds ergab 365 Rm. 33 Pf. Allen Gebern wird hiermit gedankt.

Hochheim a. M., den 30. November 1926.
Der Magistrat: Arztbäcker.

Weihnachts - Einheits - Preise

Sortiment I

1 Tafel Milchschokol.	95
1 „ Haselnußschok.	95
1 „ Schmelzschok.	95
oder	
3 Tafeln Milchschokolade	95
3 „ Haselnußschokolade	95
3 „ Schmelzschokolade	95

Sortiment II

1 Autobus	95
2 Kino-Vorführungen	95
oder	
1 Pfd. Blockschokolade	95
1 1/2 Pfd. Fst. Milchschokolade	95

Sortiment III

1 Karton Pralinen 125gr	95
1 Tafel Milchschokol.	95
1 „ Cremeschokol.	95
7 Riegel Cremeschokol.	95
oder	
4 Tafeln Speiseschokolade	95
4 „ Cremeschokolade	95
10 Riegel Vollmilchschokol.	95

Toiletten-Seife

(Weichen, Flieder, Rosen oder Maiglöckchen)
Königlich-Wasser-Seife 1 Carton 3 St. 95

Oelfardinen 30mm Club blanke Dosen 2 Dosen 95

Bismarckheringe in Milchsauce 1 Utr.-Dose 95

Für die Weihnachtsbäckerei

Schmalz garant. rein	Pfd. 75
Rokosfell lose	Pfd. 57
Rokosfell in Tafeln	Pfd. 59
Zucker Kristall	Pfd. 32
Zucker gemahlen	Pfd. 35
Puderzucker	Pfd. 48
Streu-Zucker dünn	1/4 Pfd. 35
Vanillezucker	Päckchen 5
Backpulver	3 Päckchen 25

Weizenmehl 0	Pfd. 23
Auszugsmehl 00	Pfd. 26
„ 5 Pfd.-Handtuchlädchen	1.65
„ 10 Pfd.-Handtuchlädchen	3.20

Gatthas Konjektmehl

„das Beste was es gibt“
Marke in 2 und 5 Pfd. „Patu“ (Original-Pack.) Pfd. 30

Vollmilch ungezuck. 10 oz. Dose 70

Sied-Eier 10 Stück 1.38

Rosinen	Pfd. 65
Korinthen	Pfd. 65
Sultaninen	Pfd. 60
Kokosnuß	Pfd. 65
Haselnußkerne	Pfd. 2.00
Mandeln	Pfd. 2.40-2.70
Orangeal	1/4 Pfd. 40
Zitronal	1/4 Pfd. 60
Oblaten	2 Stück 5
Amonium	1/4 Pfd. 25

Extra große Schwere
Holländer Eier 10 Stück 1.75

J. Latscha

110 eigene Verkaufsstellen.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 3. Dezember 1926 versteigere ich in Hochheim a. M.

ca. 1200 Flaschen 1922er Naturweine,

gepackt in Kisten zu 50 Flaschen, einschl. Verpackung, öffentlich zwangsweise meistbietend gegen Barzahlung. Die Weine entstammen der Gemarkung Hochheim a. M. und anderen Rheingauer Orten. Sämtliche Weine mit Wachstumsangabe. — Treffpunkt 10 Uhr vormittags im Restaurant „Frankfurter Hof“ Hochheim a. M.

Bed.

Obergerichtsvollzieher in Hochheim a. M.

Am 5. und 6. Dez. findet im Antoniusshaus Hochheim eine

Handarbeitsausstellung

statt. Besichtigung der Handarbeiten am Sonntag von 12.30 bis 6 Uhr abends, am Montag von 9 bis 12 Uhr und 2 bis 6 Uhr abends. Der größte Teil der ausgestellten Handarbeiten ist verkäuflich.

Hochachtungsvoll Schw. Flavia, Oberin.

Achtung! Mieterclubverein

Wir laden unsere Mitglieder zu der am Samstag, den 4. ds. Mts., abends 7.30 Uhr bei Gastwirt Konrad Treber, Weiherstraße, stattfindenden

Versammlung

höflichst ein. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen gebeten. Referent Herr Meisner-Wiesbaden.
Der Vorstand.

Heute einetroffen:

Kabliau ohne Kops

1a Fettbückinge

in bekannt guter Qualität
zum billigsten Tagespreise.

J. Latscha

Schöne
Christbäume
empfiehlt

P. Saff, Gartenbaubetrieb

Man bittet kleinere
zeigen bei Aufgabe
Isorl zu bezahlen

Körperschulung der Frau

Es ist jedem Mädchen und jeder Frau ermöglicht, ihren Körper geschmeidig und frisch zu machen, indem sie nach den bewährten Anleitungen Dora Menzler, der bekannten Leiterin der Dora Menzler-Schule, regelmäßig ihre Übungen machen. Dora Menzler, Körperschulung der Frau. Erste Folge mit 52 Vortragsbildern 25. Auflage Rm. 4.50. Zweite Folge mit 41 Vortragsbildern. Neu! Rm. 4.50.

Hier ist der Schlüssel zum körperlichen Wohl des weiblichen Geschlechts!

(Verlag Diet & Co., Stuttgart)

Zu beziehen durch: die Buchhandlungen.